

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Fernsprecher: Amt Königshof, Nr. 1078.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Zehms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postkontonummer Berlin 5386.

Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Die Aufhebung der gebundenen Wirtschaft in der Wollindustrie ab 29. August ist von der Reichsregierung genehmigt worden, ihre Aufhebung in der Baumwollindustrie steht unmittelbar bevor. Alle Warnungen der Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes, alle Proteste unserer Konferenzen und unserer Generalversammlung wurden von der Regierung und von den Unternehmern ignoriert.

Gemeinsam mit den Vertretern des christlichen Textilarbeiterverbandes und des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts stimmten die Unternehmer unsere Vertreter nieder. In verhältnismäßig kurzer Zeit wird fabelhafte Steigerung der Preise aller Textilprodukte und wahrscheinlich auch zunehmende Unregelmäßigkeit der Beschäftigung der Textilarbeiter die Folge sein. Die neuen Maßnahmen werden Steigerung der Not bedeuten.

Nach einer fünfjährigen furchtbaren Zerrüttung des gesamten Wirtschaftslebens der Welt inmitten einer Periode des größten Rohstoffmangels und fabelhafter Steigerung der Weltmarktpreise auf allen Gebieten bedeutet die Proklamierung des freien Spiels der Kräfte in der Volkswirtschaft den unausweichlichen Ruin der Industrie.

Durch öffentliche Gewalten vorgeschriebene Organisation der Textilindustrie ist das Gebot der Stunde.

Gegenüber dem um seinen Kapitalprofit besorgten Unternehmertum und gegenüber den dem Unternehmerverlangen Rechnung tragenden Regierungen forderte unsere letzte Generalversammlung in Plauen zum Zwecke der Wiederaufrichtung der Textilindustrie und ihrer Weiterentwicklung sowie im Interesse der gesamten Volkswirtschaft

Kartellierung der Industrie und Schaffung entsprechender Wirtschaftsorganisationen der einzelnen Textilgruppen durch Zusammenfassung aller in Betracht kommenden Faktoren (Staat, Unternehmer, Arbeiter und Angestellte, Konsumenten) bei vollster Wahrung der Parität,

Demokratisierung der Textilbetriebe.

Inhalt: Aufhebung der Zwangswirtschaft. — Die Gegner der Zwangswirtschaft. — Voraussetzungen für die Sozialisierung. — Arbeitslohn — Warenpreis — Teuerung. — Konferenz des Gauess Schlesiens. — Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Sachreisen. — Befanntmachungen.

Die Gegner der Zwangswirtschaft.

Wenn wirklich das Sprichwort recht hat, daß diejenigen Frauen und Einrichtungen die besten sind, von denen man am wenigsten spricht, so dürfte es allerdings um die Güte der Zwangswirtschaft schlimm bestellt sein. Denn von nichts wird schon seit Jahren in Deutschland mehr gesprochen, als von der Zwangswirtschaft. Und keine Einrichtung erfreut sich in den weitesten Kreisen der Bevölkerung einer so großen und stets wachsenden Unbeliebtheit wie diese aus Kriegsnöten geborene, unumgänglich nötige Maßnahme zur Durchführung der Volksernährung.

Es liegt in der Natur der Sache, daß man nur von denjenigen Seiten der Zwangswirtschaft spricht, die das Mißfallen der Bevölkerung erregen. Unerwähnt bleiben aber ihre guten Seiten, die man gar nicht kennt, und, so weit man sie wirklich kennt, als etwas selbstverständliches hinnimmt. Man sollte doch nicht vergessen, daß es nur die Zwangsbewirtschaftung des Getreides ermöglicht hat, daß auch in diesem Jahre trotz Krieg und Revolution uniere Broternährung bis zur neuen Ernte völlig sichergestellt und in ausreichender Form durchgeführt werden konnte. Nur geringe Mengen des Getreides, das uns die Ernte lieferte, sind zum Brotbacken benutzt worden, in der Hauptsache wurden unsere eigenen Erträge in Mühlen und Bäckereien zu dem täglichen Brot der Bevölkerung verarbeitet. Und wenn die Butter auch noch so knapp und so unzureichend war, in jeder Woche ist auf jeden Kopf der Bevölkerung ein bestimmtes Mindestquantum zu geringen Preisen verteilt worden, während ohne Zwangsbewirtschaftung die gewaltigen Mengen, die so erfaßt und gerecht unter die Bevölkerung verteilt werden konnten, zu gewaltigen Wucherpreisen den Kriegslieferanten, Schiebern und Revolutionsgewinnlern in den Magen gewandert wären.

Diese doch tatsächlich erzielten Erfolge haben eine fleißige unermüdete Arbeit eines umfangreichen Beamtenapparats zur Voraussetzung, die mit der Durchführung betrauten Beamten und Angestellten hätten zum mindesten Anspruch darauf, daß sie von den berufsfähigen Vertretern des freien Handels nicht beschimpft werden. Aber was geschieht statt dessen? Während in den Tageszeitungen der Kampf gegen die Zwangswirtschaft zumeist in wenn auch scharfer so doch sachlicher Form geführt wird, schlagen manche Organe der Fachpresse in letzter Zeit einen Ton an, den man in der deutschen Publizistik bisher noch nicht gekannt hat. So spricht ein Blatt des Kolonialwarenhandels von den „verblödeten“ Anhängern der Zwangswirtschaft und entblödet sich selbst nicht zu behaupten, daß die Beamten, „die die Kriegswirtschaftsämter und Wirtschaftsausschüsse bevölkern, neben Schiebern diejenigen seien, die gegen den freien Handel arbeiten und damit die Interessen der Schieber und Schleihändler vertreten.“

Wenn es tatsächlich Beamte geben sollte, welche die Schieber- und Schleihändlerinteressen vertreten, so wäre es Pflicht derer, die davon Kenntnis erlangen, sie ihren vorgesetzten Behörden namentlich zu benennen, anstatt der Gesamtheit der Beamtenschaft derartig unqualifizierbare Vorwürfe zu machen. In jedem Falle dürfte die Anzahl solcher Beamter verschwindend gering sein gegenüber der riesigen Anzahl unläuterer Elemente des Handelsstandes, die mit einem Meer von Druderschwarz und Linte und mit größerer Lungenkraft den freien Handel fordern, um nach seiner Wiedereinführung in unerhörtester Weise mit den wichtigsten Lebensmitteln Wucher zu treiben. (Siehe Eier, Obst, Seefische).

Der ganze Charakter des Artikels kennzeichnet sich in der Behauptung, daß die „elende Zwangswirtschaft“ uns „den Krieg hat verlieren lassen“. Bei der Suche nach den „wirklich Schuldigen“ glaubt man die weniger urteilsfähigen Teile des Volkes so gegen ein verhaftes System mobil machen zu können in der stillen Hoffnung, daß vielleicht bei dem Massenanzünden von Scheiterhaufen gegen die Schuldigen auch das einstweilen noch unentbehrliche Zwangssystem mit verbrannt werden kann.

Voraussetzungen für die Sozialisierung.

Wir haben in dem Artikel „Die sozialistische Wirtschaftsweise“ die Umstände dargelegt, die für die Notwendigkeit der Sozialisierung sprechen. Was notwendig ist, ist nicht zu umgehen und muß geschehen. Doch dieses Geschehen kann immer noch an Voraussetzungen gebunden sein, ohne deren Erfüllung es sich nicht vollzieht. Das Bauen eines Hauses kann sehr notwendig sein, weil Menschen das Haus als Wohnung brauchen, und doch kann der Bau unterbleiben müssen, weil es an Baumaterial fehlt oder an Leuten, welche den Bau ausführen könnten oder wollten. So kann es auch mit dem Sozialismus sein; er kann von der ökonomischen Wissenschaft für notwendig und unaufschiebbar, von den Industriearbeitern für unerlässlich gehalten werden, doch sonst so mächtige Gegner finden, daß seine Errichtung nicht ungestört vorstatten gehen könnte, wenn diese seine Gegner nicht in Gönner für ihn verandelt würden. Und Gegner des Sozialismus sind oft, wenn auch unbewußt, selbst seine Anhänger und Verteidiger — durch ihr Verhalten zum Sozialismus. Wir haben das unmittelbar nach der Revolution, in vielen Fällen sehen können, wo es an der so nötigen technisch-wirtschaftlich gut funktionierenden Organisation fehlte, in der ein Rad in das andere greift. Es darf auch nicht an einer Gesinnungs- und Willensgemeinschaft aller im Betriebe beschäftigten Personen fehlen, die ihre Pflicht und Schuldsigkeit nicht nur des eigenen persönlichen Vorteils willen tun, sondern die auch das Bewußtsein in sich tragen, im Dienste der Allgemeinheit, zur Förderung des Gemeinwohls, zu arbeiten. Solange dies Ziel nicht erreicht worden ist, kann von einem wirklich und wahrhaftig sozialisierten Betriebe nicht gesprochen werden, selbst wenn der bisherige Eigentümer ausgeschaltet worden und der Betrieb in das Eigentum der Gesellschaft (Staat, Gemeinde oder Genossenschaft) übergegangen ist. Eine sozialistische Betriebsorganisation stellt an alle Beteiligten sehr hohe Anforderungen. Da sie im Dienste der Allgemeinheit arbeitet, muß sie stets bestrebt sein, ihre Leistungsfähigkeit aufs höchste zu steigern. Daher müssen sich alle Mitarbeiter ihrer hohen Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl immerdar bewußt sein. Sie müssen viel mehr Gemeinsinn, Pflichtgefühl, Treue und Eifer an den Tag legen, als wenn sie in einem kapitalistischen Betriebe tätig wären. Der Sinn für den inneren Wert der Arbeit darf niemals durch

die materiellen Interessen erstickt werden. Es darf niemals vergessen werden, daß über die pflichtgemäße Leistung hinaus gearbeitet werden muß. Auch muß der Geist der Solidarität, der ausgleichenden Gerechtigkeit und der Menschenliebe im Betriebe herrschen. Kurz und gut, ein sozialistischer Betrieb soll nicht nur in technischer, sondern auch in sozialer Beziehung ein Musterbetrieb sein, was nur dadurch zu erreichen ist, daß alle Beteiligten mehr als ihre Pflicht tun. Eine jede solche Betriebsorganisation, die eine Gesinnungs- und Willensgemeinschaft ist von Sozialisten, wird sicherlich reichen Segen verbreiten und vorbildlich wirken. Sie wird für den Sozialismus mehr Propaganda machen, als tausend Reden und Schriften.

Doch nicht nur die Sozialisten müssen eine wirklich sozialistische Denk- und Handlungsweise bekunden, sondern auch die gesellschaftlichen Kreise, die dem Sozialismus viele Hindernisse in den Weg legen können, müssen ihm freundlich gesinnt werden, wenn er nach Möglichkeit geübt soll. Als solche noch nicht sozialismusfreundlichen Kreise bezeichnet Kautsky die großen Schichten der Intellektuellen und der Bauern. Die Intellektuellen lassen sich vielleicht durch Hinweise auf die Notwendigkeit und auf die Gerechtigkeit, womit der Sozialismus begründet wird, für ihn gewinnen, die Bauern aber nur, meint Kautsky, durch — geringere Preise der Industrieprodukte, die sie kaufen müssen. So niedrige Preise wären aber nur möglich durch erhöhte Produktivität der Arbeit in den sozialisierten Betrieben gegenüber der Arbeit unter dem kapitalistischen Regime. Auch hier macht sich wieder die Forderung nach Sozialisten geltend, und zwar im engsten Sinne des Wortes. Doch, fragt Kautsky, wie hoch auch die Ueberlegenheit der sozialistischen über die kapitalistische Produktion sein mag, kann sie sich auch sofort äußern? Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß alle die modernen Maschinen und Verbesserungen, die heute so Ungeheures leisten, Jahre der Erprobung erheischen, die oft sehr teures Lehrgeld kosteten, ehe das an sich richtige und fruchtbare Prinzip in allen Einzelheiten so ausgearbeitet war, daß es allen Schwierigkeiten handhelt, auf die man erst in der Praxis stieß, denen der Konstrukteur nicht von vornherein Rechnung tragen konnte. Einer der Gründe, warum die modernen Maschinen und Entdeckungen vom großen Kapital monopolisiert werden, liegt darin, daß nur dieses die Mittel besitzt, die Periode des Lehrgeldes zu überwinden, die mit jedem Fortschritt verknüpft ist, mag er noch so vorteilhaft und erfolgreich sein. Die großen Entdecker und Erfinder, die über solche Mittel nicht verfügten, haben sich in der Regel finanziell verblutet, wenn sie versuchten, die Ergebnisse ihrer Forschungen praktisch zur Anwendung zu bringen. Die revolutionären Staaten Osteuropas mit ihren ganz- oder halbsozialistischen Regierungen befinden sich heute in der Lage jener armen Erfinder. Die erste praktische Anwendung der großen Erfindung des Sozialismus findet ihre beste Vorbedingung in einem reichen Staat, dem es nicht schwer fällt, das für die Anfänge der Sozialisierung nötige Lehrgeld aufzubringen. Die Staaten Osteuropas sind durch den Weltkrieg zu Bettlern geworden, wo wollen sie dieses Lehrgeld hernehmen? Die Kapitalisten des Westens werden es ihnen für sozialistische Zwecke sicher nicht pumpen. Und der Bauer ist kein sozialistischer Idealist. Er würde sich gewiß nicht in die Unkosten eines Kampfes gegen den Sozialismus stürzen, wenn dieser ihm keine Nachteile brächte. Aber er wird sich ebenso gewiß gegen die Sozialisierung wenden, wenn diese seine Lage verschlechtert, wäre es auch nur vorübergehend und wäre es auch zu dem Zwecke, spätere große Vorteile anzubahnen. Mit theoretischen Zukunftsaussichten macht man keinen Eindruck auf den Bauer. Der Vergleich zwischen sozialistischer und kapitalistischer Produktion wird ihm bald anschaulich vorgeführt werden, sobald der internationale Verkehr wiederhergestellt wird. Wenn die Staaten des Westens Produkte kapitalistischer Industrie einführen, die billiger oder besser sind als die der sozialisierten Industrie des Inlands, wie soll diese sich gegen jene ohne Zwangsmaßnahmen behaupten, die stets eine schwere ökonomische Belastung bedeuten? Der städtische Arbeiter mag für den Sozialismus Opfer bringen, den Bauern macht jedes derartige Opfer, das ihm aufgezwungen wird, zum entschiedenen Gegner sozialistischer Produktion. Hier liegt sicher eine gewaltige Schwierigkeit für jegliche Sozialisierung unter den gegebenen Verhältnissen — der Verarmung des Staates und der Macht der Bauernschaft. Aber sie ist deswegen doch nicht unmöglich. Nicht um von der Sozialisierung abzuschrecken, weisen wir auf die Schwierigkeiten hin, sondern um das Proletariat und seine Freunde aufzufordern, sich mit diesen Schwierigkeiten vertraut zu machen, damit sie instande sind, sie zu beseitigen. Wenn jemand einen hohen, schwer zugänglichen Alpenpfad besteigen will, dann ist nicht derjenige Führer der beste, der ihm vorredet, der Weg sei kurz und mühelos. Ein Wanderer, der im Vertrauen darauf in Lachschuhen, mit einem Spazierstock, ohne Proviant den Aufstieg versucht, der wird den Gipfel nie erreichen. Er kann unterwegs verunglücken. Nur derjenige Führer dient ihm, der ihn auf die Schwierigkeiten aufmerksam macht und ihn dadurch veranlaßt, sich für sie gehörig anzurüsten. Je weniger wir uns heute den Luxus von Lehrgeld für verunglückte Experimente erlauben dürfen, desto notwendiger wird es, jede Sozialisierung genau vorzubereiten. Nichts ist ökonomischer ruinöser als die überhastete, schablonenhafte Manier der Sozialisierung, wie sie in Rußland und Ungarn vorgenommen wurde. Es wird aber bei unserer Armut auch doppelt notwendig, wo sozialisiert wird, jene Seiten besonders stark hervortreten zu lassen, die die sozialisierte Arbeit produktiver machen als die kapitalistische, und andererseits alles zu vermeiden, was jene Arbeit unproduktiver machen könnte.

Und nun kommt Kautsky folgerichtig auf die Notwendigkeit zu sprechen, von einer Verringerung des Akkordlohnes abzugehen, die fast überall als selbstverständliche Begleiterscheinung der Sozialisierung betrachtet werde. Wir haben auch schon einmal dargelegt, daß Akkordarbeit nur Akkordarbeit ist unter der kapitalistischen Produktionsweise. Dasselbe sagt jetzt Kautsky mit anderen Worten, wenn er schreibt:

Bittere Erfahrungen haben bereits die russische Sowjetrepublik gezwungen, den Akkordlohn wieder in Anwendung zu bringen. Es ist richtig, daß Marx die furchtbaren Nachteile aufgezeigt hat, die der Stücklohn unter kapitalistischer Anwendung mit sich bringt. Inbes zeigte er ebenso die Nachteile des Maschinenwesens, der Frauenarbeit, der Kinderarbeit. Und doch betrachtet er jede dieser Erscheinungen als einen Fortschritt, entweder schon heute oder doch unter sozialistischer Produktion — unter bestimmten Bedingungen selbst die Arbeit von Kindern. Alle diese Einrichtungen bekommen eben in der sozialistischen Produktion ein ganz anderes Gesicht, als sie es heute haben. Dasselbe gilt vom Stücklohn, ganz abgesehen davon, daß Marx konstatierte konnte, wie schon innerhalb des Kapitalismus der größere Spielraum, den der Stücklohn der Individualität

bietet, dahin strebt, die Individualität und damit Freiheitsgefühl, Selbständigkeit und Selbstkontrolle der Arbeiter zu entwickeln. (Kapital I, 5. Auflage, Seite 518.)

Den Nachteil, den Marx von der Akkordarbeit befürchtete, sah er darin, daß sie die Konkurrenz der Arbeiter unter- und gegeneinander entwickelt. Dieser Nachteil ist bei dem heutigen Stande proletarischer Organisation in einem proletarischen Staate sicher nicht zu befürchten.

Schon die Einführung des Stücklohnes würde die Produktivität der sozialisierten Industrien sehr haben. In gleicher Richtung müßte wirken die Ausschaltung der technisch unzulänglichen oder unzuverlässigen Betriebe, die Konzentrierung der Produktion in den bestgerüsteten Betrieben, deren Leistung durch Schichtarbeit aufs höchste zu steigern wäre. Schon die Trübsal haben derartiges eingerichtet, aber ein sozialistischer Industriezweig vermöchte das viel vollkommener durchzuführen.

Man sieht also, eine Reihe Voraussetzungen muß erfüllt werden, wenn der Sozialismus die in ihn von Arbeiterseite gesetzten Erwartungen erfüllen soll. Doch wenn die Arbeitererschaft ernstlich will, können diese Voraussetzungen wohl erfüllt werden und sogar leicht erfüllt werden, wenn die Arbeiter sich alle nicht nur in ihren Bestrebungen für den Sozialismus, sondern auch — und noch mehr — in der Durchführung des Sozialismus als wahre Sozialisten stets zeigen.

Was unsere Textilarbeiter betrifft, so werden sie es daran gewiß nicht fehlen lassen. Das soziale Pflichtgefühl ist bei ihnen nicht geringer als das soziale Rechtsgefühl. Gebe man ihnen durch Sozialisierungsversuche bald Gelegenheit, sich im Sinne des recht verstandenen praktischen Sozialismus zu betätigen und dadurch unsere vorstehende Behauptung zu beweisen.

Arbeitslohn — Warenpreis — Teuerung.

Von W. Hager.

VI.

Man sagt dem Volke, nur der unanständige Kaufmann (Fabrikant, Händler) treibe Mäcker, der anständige bescheide sich mit einem angemessenen Verdienst. Aber noch niemand der betreffenden Interessenten vermochte uns zu definieren, was in der kapitalistischen Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Anständigkeit als angemessen gilt und wo und bei welcher Höhe des Profits die Unanständigkeit beginnt. So ist es gekommen, daß ein großes Land und ein fleißiges Volk in seiner tiefsten Not zum Schuldnach seiner (sie sind alle noch anständig) eigenen Mitbürger wurde, einer handvoll gewissenloser, heutigetiger, mit materiellen Glücksgütern gesegneter Ausbeuter. Das famose Gesetz der freien kapitalistischen Wirtschaft von Angebot und Nachfrage, ungeeignet zur Erforschung der Güterwerte, um so vorzüglicher aber zur Erklärung, warum zeitweise Güter über ihren Wert bezahlt werden müssen, dieses Gesetz dressiert und gezähmt für die Interessen der bestehenden Klassen, gibt uns den richtigen Fingerzeig, die Ursachen der bestehenden Teuerung zu finden. Da Kohle, Eisen, Kalk, Wolle, Baumwolle, Leder, Lebensmittel, Viehfutter mit allem Drum-und-Dran in Privatbesitz ist, unerhört stark verbraucht und begehrt ist, erhält unter Ausschaltung jeder Konkurrenz die Volksgemeinschaft vom Privatkapital die Preise diktiert. Und nirgends eine Schranke dem Profitwucher.

Wo sind die Milliarden? Haben sie sich in Löhne für Arbeiter verwandelt? Ach nein, sie sind in die Taschen der Patrioten geflossen. Alles was leben wollte, wurde ihnen tributpflichtig! Greise und Säuglinge. Seht sie euch an, ihr Arbeiter — die Anständigen! Wer von euch nicht sein Leben lieh, der hat seine Gesundheit geopfert und dazu sein Duzend oder mehr Pfund seines Körpergewichtes. Euer Leben, eure Glieder, eure Gesundheit, euer Körpergewicht hat sich in Gold verwandelt für die wenigen Ausverkoren, für die es keine oder doch nur eine Teuerung von Hören und Sagen gab. Marienbad, Franzensbad, Karlsbad und andere klassische Verdammungsorte öffnen ihre Pforten für Kriegs- und Revolutionsgewinnler. Der Krieg war ein Geschäft, ein Geschäft war die Revolution. Der heilige Profit. Arbeiter, ist dein Uebel, er ist die Ursache der Teuerung, es liegt am System, am Privateigentum! In inbrünstiger Urmarmung umschließen die Polypenarme des Privateigentums dich beschließen, um sich an deiner warmen Lebenskraft wie eine Spinne an ihrem Opfer vollzufaugen. Je flüchtiger du dich wägst, um so früher und sicherer gehst du ins Netz, denn es liegt ja gar nicht an dir und deinem Willen, du mußt! Du mußt arbeiten um zu leben und deshalb für andere arbeiten und Profit erzeugen. Profit ist der Teil des von dir erzeugten Wertes, welchen der Besitzer der Betriebsmittel von deinem Arbeitslohn zurückhält. Du mußt ins Netz gehen als Konsument, denn um arbeiten und leben zu können, mußt du Nahrung, Kleidung, Wohnung usw. haben, kurz konsumieren. Der dem Arbeiter gekürzt ausbezahlte Arbeitslohn wird zum zweiten Male Beuteobjekt des Mächtigeren.

Denn, wie der Arbeiter auf dem Warenmarkt als Verkäufer nicht gleichberechtigter Kontrahent ist, weil er, um zu leben, ständig und zu jeder Zeit seine Arbeitskraft anbieten muß, so ist er auch der schwächere Kontrahent als Käufer, weil er zur Fristung seiner Existenz ohne Unterlaß kaufen, also begehren, die Nachfrage steigern muß. Nicht die vorgegebene Schicksalsbestimmung überirdischer Mächtsphären, sondern die unbefränkte Macht des Besitzes und ihre Konzentrationstendenzen sind die Wurzeln allen sozialen Elendes. Die Volksgemeinschaft zwiespältig ausbeutend, einmal als Arbeit empfangende, zum anderen als Waren verkaufende Macht, steigert ihren unheilvollen Einfluß ins Unendliche, bis zur Unertügllichkeit. Es bedarf eigentlich keines Beweises mehr, daß der Profit die Grundursache der Teuerung ist, nachdem wir an der Kapitalwirtschaft in Reinkultur während unserer Isolierung der vergangenen Jahre übergenug Gelegenheit zu Studien hatten. Stiegen erst die Löhne oder erst die Warenpreise? Es war doch wohl umgekehrt. Zuerst schnellten die Preise für sämtliche Bedarfsartikel des täglichen Lebens ganz enorm in die Höhe. Schon in den Tagen vor der Mobilmachung war die Preissteigerung allgemein. Und kaum fiel die schicksalsschwere Entscheidung: Krieg, da wurde die Verwirrung und Willkür Methode. Die kapitalistische Produktion war mit einem Schlag von aller Auslandskonkurrenz befreit. Die Handelsblockade, der Trumpf unserer Gegner und das Unglück unseres Volkes wurden zum Geschäft des Kapitalismus — der Besitzenden! Noch war gar nicht der Bedarf (Nachfrage) größer

als die vorhandenen Warenbestände (Angebot). Nein, nur die Konkurrenz des Auslandes war ausgeschaltet; aber die vorhandenen Warenbestände befanden sich in Privatbesitz, und zwar zu einem großen Teil in wenig Händen. Noch waren gar nicht die Unkosten für die Erzeugung gestiegen, und doch stiegen die Warenpreise ins Unermessliche. Es war nur Aussicht, daß bei längere Zeit andauernder Blockade die Waren knapp würden.

Und was geschah? Jeder stürzte sich auf die Waren, ein Ringkampf begann um die Waren. Jeder suchte von der Ware, von der er seiner persönlichen Spekulation nach annahm, daß sie bald und besonders rar wurde, einen so großen Haufen zu erraffen, als seine Geld-, Kreditmittel und seine in solche zu verwandelnden Besitzmittel es erlaubten. Es gingen durchaus glaubhafte Gerüchte um, daß besonders patentierte nationalpatriotische Kreise Ostetiens Pferde an Dänemark (Gändler) verkauften, die das liebe deutsche Vaterland dann zu horrenden Preisen wieder kaufte. Der Zweck der Uebung war Profit und Gewissensentlastung. Man verhinderte auf diese Weise eine Störung der angefachten Begeisterung, und der Preis für gestellungspflichtige Pferde war im Kriegsfall nicht profitabel genug! Von den Kleinen wanderten die Waren in die Hände der Großen, von diesen in den Besitz der Größeren, um schließlich in den Besitz der Größten, der Großfinanz, zu gelangen und dort zurückgehalten zu werden. So hat man die Kalamität für alle Waren, kriegs- und lebensnotwendige, künstlich gezüchtet, das Gesetz des freien Kräftepiels von Angebot und Nachfrage, in den Dienst der Privatinteressen gestellt. Das Sündenbrotprogramm ist geboren aus dieser Kalamität, es ist ein Versuch kapitalistisch orientierter Geister, am Serejjabbath in der Teufelsküche erträgliche Zustände zu schaffen, wie ihn eben eine Regierung von anno dazumal unternehmen konnte. Kriegswaren um jeden Preis! lautete die Parole. Es ist doch von ehemaligen Regierungsstellen offen als offizielle Auffassung ausgesprochen worden, daß hohe Preise die Ware auf den Markt bringen. Märchenhafte Gewinne heimsten die Erzeuger und Besitzer von Kriegsmaterial ein. Und die Arbeiter der Kriegsindustrie? Den bis an die Grenze des Menschlichmöglichen sich auspumpenden Arbeitern warf man einige Brocken hin, nachdem man den Raub im Säckel hatte.

Jede Preisveränderung, besonders aber jede Preissteigerung einer Warenart beeinflusst den Preis anderer Waren. Die beispiellose Preissteigerung der kriegsnotwendigen Waren griff natürlich auf den kleinen Rest der Zivilbevölkerung übrig gelassenen und weder zum Leben noch zum Sterben genügenden Bedarfsartikel über. Die Teuerung in extremsten Ausmaßen setzte ein, und es gehört wirklich Mut dazu oder unheilbare Verblendung, um zu behaupten, daß die hohen Löhne ihre Ursache seien. Tausende starben Hungers und Behtausende an den Folgen dauernder Unterernährung — Angehörige der arbeitenden Klasse. Ob auch Angehörige der besitzenden Klasse durch Hunger umkamen? —

Was folgt daraus? — Daß Arbeiter und ihre Familien nicht soviel hatten an Lohn, um sich genug Nahrung usw. kaufen zu können, daß folglich ihr Lohn nicht die Ursache, sondern die Folge der Teuerung war und ist, denn wäre es umgekehrt, dann hätte die gesundheitliche Verelendung nicht aufzutreten können, weil dann die Lohnsumme zur Bedarfsdeckung ausgereicht hätte. Weiter ergibt sich daraus die Tatsache, daß die Teuerung ein Notzustand ist, der nur die Besitzlosen trifft. Ist gar kein Brot vorhanden, dann hungert Reich und Arm, ist aber Brot vorhanden, nur zu wenig für alle, dann ist es derjenige, welcher die meisten Mittel (Besitzstücke — Geld) dafür hingeben kann. Und könntest du, Arbeiter, deinen Lohn von 100 Mk. auf 1000 Mk. steigern, es nützte dir nichts, die anderen haben doch mehr, sie haben es vor allem schon vorher, und du bist zum Tode verurteilt, Prolete mit Deinesgleichen, wenn es einmal hart auf hart geht im Zeichen des Kapitalismus und im Zeichen des Privateigentums. Dann heißt es für dich nach Heinrich Heine: „Wenn du aber gar nichts hast, ei, so lasse dich begraben, Denn ein Recht zum Leben, Lump, Haben nur, die etwas haben!“

Konferenz des Gauess Schlefien,

abgehalten im Gasthof „Zur Sonne“ in Landeshut am 24. August 1919.

Der Gauleiter Kollege Fritsch eröffnete um 10 Uhr die Konferenz. Es werden zur Leitung gewählt: 1. Vorsitzender: Gauleiter Otto Fritsch-Liegnitz, 2. Vorsitzender: Geschäftsführer Adolf Drieschner-Reichenbach, 1. Schriftführer: Güttler-Breslau, 2. Brücker-Landeshut.

In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Kollege Rieger-Sagan, Kollege Stolpe-Grünberg, Kollegin Friedla-Bunzlau.

- Die Tagesordnung war folgende:
1. Die Lohntariffbewegung in Schlefien. (Ref. Gauleiter Fritsch.)
 2. Unsere Tätigkeit im Gau nach den Beschlüssen der Generalversammlung in Mauen. (Referent: Geschäftsführer Lang-Vangenbielau.)
 3. Die Erwerbslohnfürsorge. (Referent: Geschäftsführer Scholz-Landeshut.)
 4. Anträge und Verschiedenes.
- Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Redezeit für Referenten auf eine halbe Stunde und für Diskussionsredner auf 5 Minuten festgesetzt.

Geschäftsführer Kollege Wilhelm Scholz, Landeshut, begrüßt im Namen der Filiale Landeshut alle Delegierten. Kollege Drieschner dankt dem Kollegen Scholz für die Begrüßung im Namen der Konferenz und heißt den Vertreter des Hauptvorstandes Kollegen Reichelt-Berlin im Kreise der Konferenz willkommen.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung erhält nun Gauleiter Otto Fritsch das Wort. Redner führte an, daß zur Tarifbildung in Schlefien eine starke Organisation unbedingt erforderlich war. Die gewaltige Mitgliederzunahme, welche uns die Zeit nach dem 9. November 1918 brachte, ermöglichte es, in allen Zweigen der Textilindustrie Verbesserungen in Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. War durch die schrecklichen Wirren des Völkermordens unsere Mitgliederzahl auf 7500 durch die Einziehung unter die Waffen heruntergegangen, so stieg sie aber gewaltig, so daß wir sechs Wochen nach den Novembertagen 1918 20 000 hatten und kann bis zum Schluß des Monats Juli d. J.

37 300 Mitglieder laut Statistik aufweisen, welche Zahl heute schon weit überschritten ist. Nun aber melden schon fast alle Orte, daß in den Betrieben Unorganisierte kaum noch zu finden sind. Ein weiterer Aufstieg der Mitgliederzahl könne erst wieder erfolgen, wenn die Betriebe wieder volle Beschäftigung aufzuweisen haben. Die Tarifbewegung setzte ein in Schlesien mit dem Verlangen der Organisation, über ganze Provinzen Einheitstarife zu schaffen. Dabei stießen wir aber bei dem Unternehmertum auf Widerstand und kamen zum Abschluß von Bezirksgruppentarifen, welche in Schlesien nicht weniger als sieben sind. Nach einer Statistik, die 26 000 Mitglieder umfaßt, sind durch die Tarifbewegung an Lohn- und Gehaltssteigerung pro Woche 488 000 Mk. erreicht worden. Wir stehen nun in den meisten Orten vor Erneuerung der Tarife, und es wäre wohl erwünscht, daß eine Kommission eingesetzt würde, welche sich mit der Tariffrage im ganzen beschäftigt und eine einheitliche Regelung schafft. Die Arbeitsgemeinschaft (Zentrale Kommission in Berlin) hat nun nach mehreren Sitzungen die Urlaubsfrage für dieses Jahr noch beschlossen und haben danach die Textilarbeiter vier Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes zu erhalten. Nächstes Jahr werden die Ferien wohl nach Altersklassen unter Anrechnung der Jahre bei Kriegsteilnehmern geregelt bis zu 6 Tagen. Der diesjährige Urlaub ist so zu regeln, daß ein Sonntag dabei kommt, damit 5 Tage hintereinander frei sind. Bei Stundenlohnarbeitern ist der Stundenlohn für volle 4 Werktage, bei Affordarbeitern der Durchschnittslohn der letzten 6 Wochen in Rechnung zu nehmen und für 4 Werktage bei Beginn des Urlaubs zu zahlen. Wo schon ein Urlaubsmodus besteht und mehr als 4 Werktage gewährt wurden, ist nichts zu ändern, wo weniger als 4 Tage gewährt wurden, ist die fehlende Zeit nachzugewähren. Nach voller Ausnützung der Redezeit erinnerte Kollege Fritsch zum Schluß nochmals an die unerträgliche Arbeit, welche bis jetzt geleistet wurde, und erhofft weiter solche rührige Tätigkeit im Gau zu sehen, auch bei den künftigen Tarifarbeiten. (Starker Beifall lobte seine Ausführungen.)

In der Diskussion meldeten sich nicht weniger als 23 Delegierte, darunter auch einige Kolleginnen, zum Wort. Alle sprachen sich nach Ablauf der Tarife für die Kündigung derselben resp. Erneuerung aus, da so manches auszuschalten und so manches hinzuzufügen sei. Kollege Reichelt-Berlin erläuterte ebenfalls nochmals die Beschlüsse der Zentralen Kommission über die Ferienfrage und empfiehlt die Einsetzung der Tarifkommission. Nach verschiedenen Anfragen und Forderungen, welche unbedingt erhoben werden sollen bei den nächsten Tarifabschlüssen (Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen oder Entlassungen, Lohnzahlung während der Arbeitszeit, Zuziehung der Berufsorganisationen anderer Berufe bei Tarifabschlüssen, Festlegung von Mindest- oder Garantielöhnen, Festlegung der Affordlöhne), wird folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die außerordentliche Gaukonferenz in Landeshut beschließt: Die weitere Durchführung der Tarifrage im Bezirk Schlesien wird einer Tarifkommission, zusammengesetzt aus je einem Kollegen jedes Tarifbezirks, übertragen. Die Konferenz wünscht, daß die bestehenden Verträge am nächsten Kündigungstage resp. termin gekündigt und zu den evtl. Verhandlungen die erneuten Tarifverbesserungen eingereicht werden.

Nun erhielt Kollege Lang-Rangenberg das Wort zu Punkt 2. Redner betont, daß die Organisation mehr unter dem Indifferentismus der Arbeiterschaft zu leiden gehabt hat, als manchmal unter dem Druck der Arbeitgeber. Deswegen waren auch die Existenzverhältnisse der Textilarbeiter stets soch miserable und sind heute noch erbärmlich genug. In einzelnen Orten und Betrieben gibt es immer noch Leute, welche den Geist des Proletariats noch nicht erfasst haben. Weiter verbreitet sich Kollege Lang über den § 1 des neuen Statuts sehr ausführlich. Um alle diese Beschlüsse zu erfüllen, was unsere heiligste Pflicht ist, darf daher kein Mitglied auch die Mittel scheuen, dem Verband in erhöhtem Maße Beiträge zu leisten, welche ja nur ein Ausgleich des niedrigen Geldwertes sind und ein Fonds für das, was noch kommen kann, für den Kampf, der uns aufgezogen werden wird. Aber ferner müssen wir auch Bedacht darauf legen bei unseren Bewegungen, wie wir in Zukunft die Gewerkschaften im Interesse der Industrie ausbauen. Der Bergmann weiß wohl, wo er sein Rohmaterial hernimmt, aber wir Textilarbeiter müssen danach trachten, auch welches zu beschaffen, sonst kann es auch leicht passieren, daß wir wohl die Tarife geregelt und in den Betrieben auszuhängen haben, aber die Arbeiter arbeitslos auf der Straße laufen. Wir rufen alle auf, als Pioniere unter den Textilarbeitern zu wirken, um die Kenntnis und Solidarität weiter zu fördern zum Wohle der gesamten Textilarbeiterchaft und der Textilindustrie, vor allem dem Verband aber die Macht zu geben, seinen Verpflichtungen, die in § 1 niedergelegt sind, streng und gerecht zu erfüllen. (Brausender Beifall sollte man dem Referenten.)

In der Diskussion meldeten sich 20 Redner zum Wort, die in der Hauptsache im Sinne des Referenten sprachen. Verschiedene sprachen den Wunsch aus, Kollegen Lang als Referenten über dasselbe Thema in den einzelnen Orten zu hören, denn nur Aufklärung sei der beste Erfolg für die Organisation. Kollege Lang versprach in seinem Schlusswort auch diesem Wunsche der Kollegen nachzukommen und seine letzte Kraft wie bisher den Kollegen und Kolleginnen zum Wohle des Deutschen Textilarbeiterverbandes zur Verfügung zu stellen. Es wurde hierauf folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die Konferenz beschließt, mit allen Mitteln die im § 1 als Zweck des Verbandes niedergelegten Grundsätze, gestützt auf eine bis auf den letzten Beschäftigten durchgeführte Organisation, zur Durchführung zu bringen. Notwendig ist hierzu, dem Verband die finanzielle Rückenstützung zu geben und den Verbandstagsbeschluss über die Beitragsfrage durchzuführen, außerdem zur Bestreitung der örtlichen Ausgaben einen Lokalzuschlag von mindestens 10 Pf. pro Woche zu erheben.

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet Kollege Nieger-Sagan. Anwesend sind 53 männliche und 16 weibliche Delegierte. Die Mandate werden alle für gültig erklärt. Als Gäste resp. Referenten und Gauvorstandsmitglieder kommen 8 Kollegen dazu, darunter der Vertreter des Hauptvorstandes Kollege Reichelt-Berlin.

Ueber Punkt 3 der Tagesordnung (Erwerbslosenfürsorge) referiert Kollege Scholz-Landeshut und beleuchtet die niederen Sätze der Fürsorge der einzelnen Orte Schlesiens. Stundenätze von 30, 40, 50 Pf. für Erwerbslose sind nicht

ausreichend in der jetzt gedrückten Zeit und unausgeprägten Preistreue für die notwendigen Lebensmittel.

In der Diskussion sprachen mehrere Kollegen für Erhöhung der Sätze und wurde hiernach folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die am 24. August 1919 in Landeshut tagende außerordentliche Gaukonferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes beschließt:

1. Die Arbeitszeit während der Zeit des Rohstoffmangels ist dem vorhandenen Arbeiterpersonal anzupassen. Entlassungen sind zu unterlassen. Das Einstufungssystem ist unter den jetzt bestehenden Verhältnissen beizubehalten.

2. In allen Abteilungen der Textilindustrie mit dauernd schwerer Arbeit dürfen nur Arbeiter beschäftigt werden.

3. Ergibt sich bei Mitprüfung des Arbeiterausschusses resp. Betriebsrates, daß für die vorhandenen Arbeitskräfte bei selbst sehr beschränkter Arbeitszeit keine Arbeit vorhanden ist, so sind besonders die verheirateten Frauen und im Alter über 35 Jahre stehenden Personen zeitweise zu beurlauben. Während dieser Zeit ist die Erwerbslosenfürsorge zu gewähren. Die Auszahlung erfolgt von der Firma des Beschäftigten. Die Regierung hat für regelmäßige Zuführung des notwendigen Geldes zur Auszahlung zu sorgen. Kinder- und Familienunterstützung ist nicht vorzuenthalten. Scharfster Protest wird gegen die Einstellung der Auszahlung erhoben.

4. Die Sätze der Erwerbslosenfürsorge sind schon an und für sich zu niedrig, bei voller Erwerbslosigkeit aber vollständig ungenügend. In Fällen völliger Erwerbslosigkeit oder zeitweiligen Aussehens sind die bestehenden Sätze, einschließlich Kinder- und Familienzulage, um 50 Proz. zu erhöhen.

5. Um diese Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge nicht in das Ungemessene ansteigen zu lassen, weil diese Aufgaben den Staat außerordentlich belasten und unproduktiven Zwecken dienen, wird verlangt, das alles mögliche getan wird, um die Beschaffung von Rohstoffen und den Absatz von Produkten zu fördern. Den Arbeiterausschüssen resp. den Betriebsräten ist hierbei weitgehendes Mitbestimmungsrecht einzuräumen.

6. Diese Entschliessung ist allen Arbeitgeberverbänden der Textilindustrie und den zuständigen Behörden zu übermitteln.

Es war nun die Tagesordnung erschöpft und wurde nun die Tarifkommission gewählt, welche aus jedem Tarifbezirk einen Vertreter und einen Stellvertreter vorstellt. Es wurden gewählt: 1. Richard Geisler, Mönch b. Görlitz, Winterfeldstraße 30 I. Stellvertreter Max Sachor, Seidenberg O.-L., Michaelstr. 6. 2. P. Mühl in Galbau. Stellvertreter. Verta Friedla, Bunsau, Muddolplatz 12. 3. Wilhelm Scholz, Landeshut, Schöninger Str. 38. Stellvertreter unbekannt. 4. Hermann Leuchtenberger, Langenbielau, In den Teichen 7. Stellvertreter Emma Witke, Reichenbach, Friedrichstr. 8. 5. Max Schindler, Neustadt O.-Schl., Gartenstr. 10. Stellvertreter Emil Sauer, Neustadt O.-Schl., Untermühlstr. 37. 6. Hermann Güttler, Breslau, Margaretenstr. 17. Stellvertreter Kurt Drescher, Stabelwitz, Post Herrnpfaff. 7. Heinrich Lücke, Grünberg, Solzmarktstr. 23. Stellvertreter Paul Fische, Neusalz a. D., Enge Gasse 7.

Fünf Anträge, welche zur Gaukonferenz gestellt waren, hatten sich durch die 3 Punkte der Tagesordnung und die Wahl der Tarifkommission erledigt.

Kollege Fritsch dankte nun zum Schluß allen Delegierten für die Ausdauer und den Eifer, welche alle bei dieser Konferenz bewiesen haben, daß es möglich geworden, die Konferenz in einem Tage zu Ende zu führen, wo es bei dem wichtigen Material, mit dem sich die Konferenz zu beschäftigen hatte, kaum als möglich erschien. In der Hoffnung, daß nun auch die Saat gute Früchte zeige, welche die Konferenz ausgestreut hat, wurde die Konferenz um 5½ Uhr geschlossen.

Aus der Textilindustrie.

Aus der internationalen Textilindustrie.

Die Berichte aus der italienischen Textilindustrie zeigen unverkennbar, daß der Rohstoffmangel in der Woll- wie in der Baumwollindustrie noch keineswegs voll gehoben ist, und daß insbesondere der Kohlenmangel die Fabriken zwingt, unter gewissen Einschränkungen zu arbeiten. Die Seidenindustrie ist voll beschäftigt, und auch die Baumwollwebereien sollen für Südamerika gute Aufträge bestützen. Aus Frankreich wird berichtet, daß in Roubaix und Tourcoing einige Wollwebereien wieder normal arbeiten können, in Lille sind gleichfalls mehrere Fabriken in vollem Gange. Güntige Nachrichten liegen aus Lyon vor. Belgien meldet, daß in Verbiers und Umgebung die Wollfabriken, wenn auch beschränkt, wieder arbeiten. In England scheinen die Textilfabrikanten große überschüssige Mengen von Waren zu besitzen, welche sie gern abstoßen möchten. Schwierig bleibt die Lage des Webstoffgewerbes in Spanien und Portugal. Aus Südamerika werden neuerdings wiederum bedeutende Neueinrichtungen von Textilfabriken gemeldet.

Das Dresdener Forschungsinstitut für Textilindustrie soll mit den Instituten in Karlsruhe, München-Gladbach, Crefeld, Neunkirchen und Sorau zu einem „Kuratorium zur wissenschaftlichen Förderung der deutschen Textilindustrie“ zusammengefaßt werden, in das auch Arbeitnehmer aufgenommen werden.

Berichte aus Fachkreisen.

Boholt. Feste der freien Gewerkschaften. Ueber das am Sonntag stattgefundene Fest der freien Gewerkschaften wird uns geschrieben: Zu einer Kundgebung, wie sie gewaltiger Bocholt kaum je gesehen hat, gestaltete sich das am Sonntag, den 24. August, von dem Kartell der freien Gewerkschaften veranstaltete Gewerkschaftsfest. Ein gut besuchtes Frühkonzert in den prachtvoll dekorierten Sälen des „Großen Kurfürsten“ leitete die Feier ein; auch auf der Festwiese, wo eine Reihe Schau- und Verkaufsstände aufgebaut waren, setzte schon früh reges Leben ein. Den Hauptbestandteil des Festes bildete wohl der sich um 3 Uhr in Bewegung setzende Festzug, der uns zeigte, welche einen gewaltigen Aufschwung die frei-gewerkschaftliche Bewegung in Bocholt genommen hat. Eine Gruppe Radfahrer, hinter sich die gesamte Kriegerkapelle, eröffnete den Zug; dann folgten Festwagen und Gruppen der Gewerkschaftsmitglieder sowie Musikkapellen in bunter Reihe. Der ersten Festwagen folgten die Textilarbeiter, die uns die Herstellung der Textilwaren in Betrieb vorkührten. Es folgten die Eisenbahner, die ein kunstvoll ausgeführtes Flugrad als ihr Symbol aufgebaut hatten, anschließend auf dem nächsten Wagen sah man die Bauhandwerker in emsiger Arbeit, sie hatten ein kleines Haus in kunstvoller Weise aufgebaut und zeigten die

Multifunktionalität ihres Gewerbes. Diesem Wagen folgten außer den gewerkschaftlich organisierten Bauhandwerkern ein großer Teil der Arbeiter der städtischen Licht- und Wasserwerke. Die Steinseiler, die namentlich in den letzten Jahren zur Verschönerung der Stadt rege tätig gewesen sind, führten uns Proben ihrer mühevollen Arbeit vor. In den nun folgenden zwei Wagen der Metallarbeiter zeigten diese die Herstellung der verschiedenen Erzeugnisse ihres Berufes. Die Modellierer und Former, beschien von der Hute des Feuers, hatten für manche etwas Geheimnisvolles. (Hoffen wir für die Zukunft, daß dieser wichtige Erwerbszweig für Bocholt noch größere Bedeutung erlangt.) Auch die Frauen-Erwerbsgruppe der sozialdemokratischen Partei stellte einen in Gedanken und Ausführung wohl-gelungeneren Wagen, der den Segen des Achtfundentages im Gegen-satz zu der bisherigen überlangen Arbeitszeit verkörperte. Hier sahen wir die Harmonie in der aufstrebenden wirtschaftlich gesicherten Arbeiterfamilie, während auf der anderen Seite die Lösung Arbeit und immer wieder Arbeit war. Eine fast endlose Reihe von Kindern und Frauen folgten diesem Wagen. Den Schlusswagen stellte die sozialdemokratische Partei, darstellend die Freiheitsgöttin, der Vertreter der verschiedenen gewerkschaftlichen Berufe huldigten und so die Freiheitsbestrebung des wert-tätigen Volkes bekundeten.

Dresden. Am Sonntag hielt die Filiale Dresden ihr Sommer-fest im Gehalt einer Dampfpartie in die herrlichen Gefilde der Sächsischen Schweiz unter großer Beteiligung der Textilarbeiter und ihrer Angehörigen ab. Einige 100 Mitglieder mußten zurück-gegeben werden, weil sie sich nicht rechtzeitig genug gemeldet hatten. Auf zwei überfüllten Dampfern ging es dem Ziel unserer Reise, dem Ort Königstein zu. Während der Fahrt war für Unterhaltung durch zwei Musikkapellen gesorgt. Am Ziel angekommen, ging es unter Vorantritt der Musik nach dem Restaurant Schützenhaus. Gewaltig war der Zug: nahmen doch zirka 1800 Arbeiterinnen und Arbeiter daran teil. Im Schützenhaus spielte die Musik zum Tanz. Für andere, die ihre Freude an der Natur suchten, fanden Partien unter Führung von Mitgliedern des Vereins Naturfreunde statt, so nach dem Königstein, Altenstein, Quirl, Göhrich usw. Voll guter Laune fanden sich all die Teilnehmer pünktlich zur Rückfahrt ein. Langst war die Nacht bereingebrochen, als die Dampfer der Heimat zu-führen. Ein reger Austausch des Erlebten und Gesehenen fand hier statt. Die jüngeren Kolleginnen und Kollegen kamen auch hier nicht zur Ruhe. Als die Musik erklang, da war es gleich das erste, schnell auf Ded und das Tanzbein schwingen. Am Ufer brannten hier und da Vulkfeuer, Mühl und regnerisch begann der Tag, aber der Wettergott sah wohl ein, daß er den Textilarbeitern die Laune nicht verderben durfte, darum ließ er sein grausames Spiel. Der Regen war abgestellt, die Sonne warf ihre Strahlen auf die fröhlichen Massen.

Dobritz. Am Mittwoch, den 27. August, fand im Gasthof Dobritz unsere Mitgliederversammlung statt. Zum ersten Punkt: Wahl eines Delegierten zu der Konferenz in Leipzig, referierte Kollege Winkler. Er legte uns in klarer Weise den Vorteil der Zusammenlegung der Gauen in Sachsen dar. Ein Antrag, daß der Sitz nach Dresden ver-legt werden soll, wurde einstimmig angenommen. Gewählt wurde als Delegierter Kollege Winkler. Ueber Punkt 2: Die Beitrags-leistung ab 1. Oktober 1919, fand eine Aussprache statt über den Vorteil der Einheitsmarke, die nach reger Debatte einzuführen be-schlossen wurde. Zum Punkt Kartellbericht beschloß die Versamm-lung, uns dem für uns in Betracht kommenden Kartell anzu-schließen. Unter „Verschiedenes“ kamen viele unsere Bewegung am Ort betreffenden Sachen zur Sprache. Diese Fälle wurden zur Zu-friedenheit der Anwesenden gelöst. Der stellvertretende Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Aufforderung, dahin zu wirken, daß der Besuch der nächsten Versammlung noch besser werde als der heutige.

M.-Glabbach. Am 22. August 1919 tagte im großen Saale des „Sängereheims“ eine allgemeine Arbeiterausschusserversammlung des M.-Glabbach-Mehrbter Industriegebietes. Dieselbe war sehr stark besucht; Vertreter aus allen Branchen und Betrieben waren zu-gegen. In eindrucksvoller Kundgebung wurde Stellung genommen zu den getätigten oder noch in Vorbereitung befindlichen Tarifen der Textilbranche. Gewerkschaftssekretär Vater vom Deutschen Textilarbeiterverband eröffnete und leitete die Versammlung. Nachdem er die Erhienenen willkommen geheißen, erläuterte er in kurzen Worten den Zweck der Versammlung. Es sei dies die erste beratende Kundgebung in unserem Industriegebiete, aber sie sei zweifellos ein Bedürfnis. Die Anregung sei aus dem Kreise der Ausschüsse gekommen, die endlich einmal in ihrer Gesamtheit Gelegenheit haben wollten, Stellung zu nehmen zu all den Fragen, die zur Lösung drängten. Es harre der Textilarbeiter noch viele und schwere Arbeit. Diese könne nur auf breiter Basis und unter Hinzuziehung aller be-teiligten Branchen und Betriebe geleistet werden.

Gewerkschaftssekretär Hermes vom Größlichen Textilarbeiter-verbande erstattete nunmehr Bericht über die gepflogenen Tarif-verhandlungen. Der Redner führte ungefähr folgendes aus: Den Vorteil, den die Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie durch den Abschluß der Verträge errungen haben, kann man am besten er-messen, indem wir einen kurzen Rückblick werfen, wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen vor dem Abschluß derselben waren. Im Jahre 1888 betrug der Verdienst eines guten Webers pro Tag höchstens 2,50 Mk. bei zehnstündiger Arbeitszeit. Die Regel ist gewesen, daß bei schlechter Konjunktur die Löhne herabgesetzt wurden und bei guter Konjunktur die Arbeiter diesen Verlust wieder wettmachen mußten. Es setzte eine Bewegung ein, die durch Einführen von Lohnlisten eine gewisse Einheit bringen wollte. Dies ist nur sehr unvollkommen gelungen, da die Unternehmer in der Regel durch Umlauf der Artikel die ganzen Erfolge wieder illusorisch machten. Es waren keine einheitlichen Richtlinien vorhanden und in allen Betrieben die Löhne verschiedenartig. Die Dinge lagen in der Regel so, daß derjenige, der am meisten zu arbeiten hatte, am wenigsten verdiente, und der, der die günstigsten Artikel herstellte, die weniger Arbeit und Aufmerksamkeit erforderten, am meisten verdiente. Zur Tarif ist diese Richtlinie gefunden durch die Festlegung eines be-stimmten Richtlohnes, der Anwendung findet auf alle in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Wie schwer es gewesen ist, die Unternehmer des weitverzweigten Textilgewerbes zu vereinigen, beweisen die Verhandlungen über den Achtfundentag. Bei der ersten mitentscheidenden Sitzung hielt man es nicht für nötig, Ar-beitervertreter überhaupt einzuladen. In einer weiteren Sitzung wurden die Verhandlungen mit dem Vermerk abgebrochen, die kommenden Ereignisse ließen eine Festlegung des Achtfundentages noch nicht zu. Damals herrschte bei uns die Auffassung, daß die Unternehmer das Einreden der Beschäftigten begrüßten, um die Ein-führung des Achtfundentages hinauszubalken. Die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern waren stark und es schien beinahe aussichtslos, sie zu überbrücken. Inzwischen war aber in Berlin zwischen den beiderseitigen Organisationen die Einführung des Achtfundentages beschlossen und die Unternehmer von M.-Glabbach und Mehrtel haben sich endlich der besseren Einsicht nicht ver-schlossen. Den eigentlichen Anlaß zum Abschluß der Tarifverträge gaben die Bewegungen bei Schneider u. Irmen sowie bei Aschaffenburg. Dort stellten sich die Unternehmer zum erstenmal auf den Standpunkt, nur von Organisation zu Organisation zu verhandeln. Die Arbeitervertreter wurden zu einer gemeinsamen Sitzung ein-geladen und der Weg zur gemeinsamen Arbeit war frei. Der Inhalt des Tarifes ist wohl allgemein bekannt und es erübrigt sich, darauf einzugehen. Als Unterlagen bei den Tarifabschlüssen sind die Erfahrungen bei Schneider u. Irmen sowie Aschaffenburg herangezogen worden. Fertige getätigte Abschluß sind für die Bucksteinwebereien, Baumwollwebereien sowie Streichgarnspinnereien vorhanden. Der Tarifvertrag für die Baumwollwebereien steht dicht vor seinem Abschluß. Der Inhalt der abgeschlossenen Verträge befriedigt uns nicht. Die angelegten Löhne sind zu niedrig, aber nach Lage der Verhältnisse war nicht mehr zu erreichen. Hinzu kommt noch, daß die Entwicklung anders gekommen ist, als wir voraussetzen konnten.

Die Lebensverhältnisse sind nicht billiger, sondern teurer geworden. Wir müssen die Tarife umarbeiten und weiter ausbauen. Aber eins haben wir erreicht: der Gegenstand zwischen Unternehmer und Arbeiter ist zu einem Teil überbrückt und die Verhandlungsbasis gefunden. Ferner ist durch die Einführung der Einheitslöhne die Konkurrenz der Unternehmer sowie der Arbeiter untereinander ausgeschaltet. Die Arbeitslöhne waren früher ein Auf- und Abwogen, jetzt ist Stetigkeit geschaffen. Wir erkennen an, daß durch die Einführung der Tarife Verbesserungen erzielt worden sind, aber erreicht haben wir nicht das, was wir erreichen wollten. Die Diskussion soll nur als Richtschnur dienen, wie wir die künftigen Tarife zu gestalten haben. — Die jetzt einsetzende Aussprache war äußerst lebhaft und die Wortmeldungen waren so zahlreich, daß durch Antrag schließlich Schluß der Debatte herbeigeführt wurde. Von allen Rednern wurden die Vorteile des Tarifes anerkannt, aber ebenso ebenfalls wurden die zu niedrigen Lohnsätze bemängelt und scharf kritisiert. Die heutige Lebenshaltung mache es zur Unmöglichkeit, mit derartigen Löhnen auskommen zu können. Eine Familie lebe mit solchen Löhnen im tiefsten Elend. Es sei nicht mal möglich, die von den Gemeinden gelieferten rationierten Lebensmittel zu kaufen. Zudem seien die meisten Familien durch den Krieg verarmt und Neuananschaffungen unmöglich. In den anderen Gewerben seien die Löhne bedeutend höher. Zum Beispiel haben die Metallarbeiter und Bauarbeiter Stundenlöhne von 2,15 bis 2,50 M. Die Lebensweise der Textilarbeiter sei genau so teuer wie die der übrigen Berufe. Letztere waren immer Stiefkinder in der Entlohnung. Dies müsse anders werden. Die Staatsbeamten, die städtischen Angestellten usw. erhalten alle Entschuldungssummen oder entsprechende Teuerungszulagen. Bei uns denkt kein Mensch an derartiges. Ganz besonders wurde das Verhalten der Unternehmer zur Kritik, welche Bestimmungen der Tarife nicht einhalten oder zu umgehen suchen. Sodann wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß in verschiedenen Betrieben zwei und mehr Stühle bedient werden, in einer Zeit, in der noch Hunderte von Arbeitern existenzlos sind. Es zeuge von wenig sozialem Empfinden dieser Unternehmer. Auf der einen Seite Arbeitslosigkeit und auf der anderen unnötige Mehrbelastung mit Arbeit. Zum Schluß der äußerst anregenden Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die in M.-Glabach am 22. August 1919 im „Sängerheim“ tagende, aus allen Branchen und Betrieben besuchte Arbeitertauschtagungsversammlung erkennt an, daß durch die getätigten Tarife ein großer Schritt zur Vereinheitlichung der Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen getan ist. Sie erkennt ferner an, daß eine Basis gefunden ist, auf welcher sich die Auf- und Weiterentwicklung der Arbeiterklasse weiter vollziehen kann. Die Versammlung kann aber nicht anerkennen, daß die in den Tarifen festgesetzten Lohnsätze den heutigen Lebensverhältnissen angepaßt sind. Entsprechend der heutigen Lebenslage sind sämtliche Löhne zu tief bemessen. Die Versammlung beauftragt die Verbandsleitungen, dahin zu wirken, daß die Tarife möglichst schnell einer Revision unterzogen werden und auf alle bestehenden Löhne eine Erhöhung vorgenommen wird. Die Versammlung beurteilt ferner in schärfster Weise das einseitige Vorgehen der Arbeitgeber bei der Festsetzung der Vergütungen bei verkürzter Arbeitszeit. Da eine Arbeitsgemeinschaft besteht, wäre es recht und billig gewesen, die Verbandsvertreter hinzuzuziehen.“

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung zog Gewerkschaftssekretär Vater zunächst das Resümee aus der Diskussion. Redner stellte die allgemeine Auffassung der Versammlung fest, daß die Tarife in ihrer jetzigen Form mit ihren jetzigen Lohnsätzen nicht befriedigen können. Die Aussprache habe ergeben, daß eine Revision und bessere Aufstellung nötig sei. Da alle vier Tarife am 22. Oktober ablaufen, so sei es möglich, einheitlich auf der ganzen Linie vorzugehen. Durch unsere Verträge sind alle Branchen der weitverzweigten Textilindustrie erfaßt oder in Vorbereitung und mächtige, weit ausgebreitete Gebiete einbezogen.

Durch die in Vorbereitung befindliche Eingemeindung der in Frage stehenden 8 Stadt- bzw. Landgemeinden wird unser Vertragsboden zweifellos vergrößert. Dadurch ist es möglich, unser Gebiet mit anderen Industrien zu durchziehen, und in sozialer und materieller Hinsicht werden dadurch Vorteile für alle Beteiligten herbeigeführt. Es ist eben das Unglück unserer Arbeiterschaft, daß hier nur eine Industrie vorhanden ist. Eine gesunde Durchziehung wird auch von großem Einfluß sein auf die künftige Gestaltung der Tarifverträge. Es ist leider von jeder Seite gewesen, daß die Lohnsätze in der Textilindustrie immer tiefer waren, als in anderen Gewerben. Da hier nur eine Industrie in Frage kommt, werden die Familien und auch die ganze Bürgerschaft um so härter betroffen. Das wichtigste ist dies: es muß eine Basis gefunden und die Vorbedingung geschaffen werden für eine gesunde Revision der lüdenlosen Ausgestaltung unserer Tarife. Unsere jetzige Bewegung fränke vor allem daran, daß es uns infolge der Verhältnisse nicht möglich war, sie von allem Anfang an auf breiter Basis aufzubauen. Der Kreis der Berater und Verantwortlichen war zu klein. Die ganze Öffentlichkeit war ausgeschaltet. Hier heißt es die verbessernde Hand anlegen. Es müssen aus jeder Branche Kollegen zu den Verhandlungen hinzugezogen, in Branchenversammlungen Richtlinien aufgestellt und die einzelnen Branchen wiederum in Bezirke zerlegt und eingeteilt werden. Unser Tarifgebiet umfaßt ein weit ausgebreitetes, geographisch zerstücktes Gebiet und da kann nur in Bezirksversammlungen und Branchenkonzernen Einleit in das ganze Getriebe gebracht werden. Sind Tarife abgeschlossen, dann ist eine der wichtigsten Vorbedingungen, daß in allen Betrieben nicht nur Ausschüsse vorhanden sind, sondern daß sie auch auf der Höhe stehen. Es kommt nicht allein auf den Wortlaut, sondern auch auf die Auslegung und den Geist des Tarifes an. Wir machen jetzt, wie ja auch von den Diskussionsrednern bemerkt wurde, die Erfahrung, daß die Tarifbestimmungen in der verschiedenartigsten Weise ausgelegt und durchgeführt werden. Der eine Unternehmer ist weitherziger, der andere engherziger. Zweifellos hat die heutige Versammlung aufläuternd gewirkt. Sie hat nicht nur die Arbeiter aufgerollt, sondern auch die Unternehmer werden einer derartigen geschlossenen Kundgebung ihr Ohr nicht verschließen können. Nur durch unsere Einigkeit können wir etwas erreichen, nur durch festen Zusammenschluß unsere Lage verbessern. Verträge werden getätigt durch heiderseitige starke Organisationen. Um in eine erfolgversprechende sofortige Revision unserer Tarife eintreten zu können, wie es von der Versammlung in der Resolution gewünscht und gefordert wird, empfiehlt Redner die Wahl eines Rates. D diesem Wunsch wurde dadurch Rechnung getragen, daß aus jeder Branche zwei Personen gewählt wurden. Diese Kommission bildet von jetzt an den Beirat. Und zwar solange, bis auf die späteren Branchenversammlungen größere und dauernde Kommissionen gebildet werden. Damit waren die Verhandlungsgegenstände erschöpft und der Vorklärende schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Guben. In unserer Versammlung gab Kollege Hoffmann Bericht über die Verbandsgeneralversammlung in Plauen i. V. Er bezeichnete diese Tagung als grundlegend für die eigene Organisation und als Markstein für die gesamte Arbeiterbewegung, weil sie bewiesen hat, daß die in Nürnberg aufgestellten Grundsätze nicht aufrechtzuerhalten sind; auch würden die Regierungen diesen Vorstoß wohl nicht unbeachtet lassen. Die Tagung habe keinen Zweifel gelassen, daß die bisherige Taktik der Verbandsleitung unglücklich und die Schreibweise des „Textilarbeiters“ während des Krieges mißbillig. Es seien Wege gebahnt und in jeder Beziehung Garantien geschaffen worden, daß sie auch eingehalten werden. Die Textilarbeiterschaft hat damit endgültig mit der Elendsindustrie gebrochen und nimmt nun endlich die ihr gebührende Stellung in der Arbeiterbewegung ein. Die Unterstützungssätze, allerdings auch die Beiträge, sind zu bemessen worden, daß sie den Anforderungen der Zeit entsprechen und der Kampfkarakter der Organisation vollständig gewahrt ist. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen. Die Kollegin Wendel ergänzte die Aus-

führungen, indem sie die Veranstaltungen der Plauener Arbeiterschaft, in der die Textilarbeiter ausschlaggebend sind, sowie die Besichtigungen dortiger Betriebe schilderte. Zum 2. Punkt referierte ebenfalls Kollege Hoffmann. Er führte aus, daß die Zeit gekommen sei, die Löhne und die Arbeitsbedingungen der Textilarbeiter denen der vorgeschrittenen in der gesamten Industrie gleichzustellen. Ueber die zu stellenden Forderungen werde am Sonntag, den 24. August, eine Konferenz der Filialen der Provinz Brandenburg, an der von hier die Kollegen Hoffmann und Schäpe und die Kolleginnen Wendel und Burtchen teilnehmen, beschließen. Als Vorschlag sei die auf der Vorkonferenz für die Strickerbranche beschlossene Form sehr wohl geeignet. An Löhnen müsse gefordert werden: Zeitlohn die Stunde für den männlichen Vollarbeiter 2 M., für den weiblichen 1,70 M. Der Akkordlohn müsse mindestens 20 Proz. mehr als der Zeitlohn betragen. Akkordsätze müssen festgesetzt werden auf Grund der Durchschnittsleistungen und der Zeitlöhne unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse. Für männliche und weibliche Arbeiter muß bei gleicher Arbeit gleicher Lohn gewährt werden. Die Arbeitszeit soll 45 Stunden pro Woche betragen. Es sollen nur organisierte Arbeiter beschäftigt werden dürfen. Die ausgiebige Aussprache zeigte, daß die Anwesenden mit der Kündigung des Tarifvertrags und mit den aufgestellten Forderungen einverstanden waren. Besonders herrschte Einmütigkeit darüber, daß mit nicht oder nicht mit anders organisiert nicht gearbeitet werden soll. Es kamen hier verschiedene Vorfälle zur Sprache, welche deutlich zeigen, wie dieser Beschluß, der ja jetzt schon besteht, zu durchbrechen und zu hinterziehen versucht wird. Die Arbeitertauschüsse müssen in dieser Beziehung auf dem Posten sein. Die Aussprache veränderte sich dann zu dem Beschluß, daß am Donnerstag früh an den Eingängen der Betriebe eine Buchkontrolle vorgenommen werden soll, beantragte am Mittwoch durch Anschlag in den Fabriken. Es soll keiner eingelassen werden, dessen Buch nicht in Ordnung ist. Ein anderer Beschluß besagte, daß Untermeister und Vorarbeiter, für welche der Unternehmer Beiträge zur Angestelltenversicherung nicht zahlt, nicht als Angestellte gelten sollen und sich der Organisation anzuschließen haben. Zusammenfassend führte Kollege Hoffmann noch aus: Wir stehen am Beginn einer hochbewegten Zeit. Die Unternehmer am Orte, nicht nur die Textilindustriellen, sondern die gesamten, haben sich vereinigt und sich einen Syndikus bestellt, der ihre Interessen wahrnehmen soll. Die Funktionäre, die Mitglieder der Arbeitertauschüsse und der zu wählenden Betriebsräte werden vor schwere Aufgaben gestellt werden. Es wird alles davon abhängen, daß sie zielbewußt, konsequent und sicher auftreten, jeden Schritt wohl überlegen, aber dann auch nicht ein Tüpfelchen ablassen. Die Massen aber müssen aufmerken, immer des Wortes der Führer gewärtig sein. Wenn es nicht anders geht, dann muß eben auch in Guben zur letzten Waffe, der Arbeitseinstellung, gegriffen werden.

Guben. Unsere Mitgliederversammlung, welche am 23. August stattfand, war wieder sehr schwach besucht. Man sollte annehmen, die Arbeiterschaft wäre aus dem Schlafe aufgewacht! — Nichts von alledem: man zahlt seine Beiträge und damit ist der Verband erledigt. Zu der am 6. und 7. September in Leipzig stattfindenden Landeskonferenz wählte man die Kollegen Adolf Köhler und Karl Neumann. Der Entwurf über die Betriebsräte soll auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung gestellt werden. Hierauf gibt der Vorsitzende den Kartellbericht. Es hat eine Sitzung der Gewerkschaften mit den Unternehmern stattgefunden, um Mittel und Wege zu suchen, die Arbeitslosigkeit am Orte einzudämmen. Hierüber wurde reg und zustimmend debattiert. Die geringe Arbeitlosenunterstützung der Hausgewerbetätigen ist Gegenstand der Schlussberatungen.

Meerane. Die am 20. August im Saale der Tonhalle stattgefundene Filialversammlung war nicht so gut besucht, wie sie in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung hätte sein können. Beim Punkt Neubesetzung der Geschäftsführerstelle entspann sich eine lebhaft Debatte. Kollege Weyl meinte, daß die, welche den Kollegen Steyer fortgesetzt hätten, sich heute schämen, hierher zu kommen; Kollege Dörfler widerspricht dem. Mit Mehrheit wird nun beschlossen, die Stelle auszuschreiben. Ueber die Gaukonferenz in Gera wurde ebenfalls recht reg debattiert. In dieser soll die Entscheidung fallen, ob gewisse Filialen, die heute zum Gau Gera gehören, von diesem abgetrennt und zum Sächsischen Gau kommen sollen. Die Versammlung erklärt, daß aus wirtschaftlichen Interessen die Filialen unbedingt beim Gau Gera verbleiben müssen. Es sei denn, der Gau Gera wird mit den drei sächsischen Gauen vereinigt. Delegierte zur Konferenz sind die Kollegen Reichenbach, Köhler und Lange. Unter Punkt 3, Verschiedenes, wird die Frauenarbeit einer scharfen Kritik unterzogen. Beschlüsse werden in Anbetracht der großen Schwierigkeiten, die die Frage aufweist, nicht gefaßt.

Mit dem 20. August hat unser Kollege Steyer seinen Wirkungsbereich in Meerane verlassen. 26 Jahre hat er die Interessen der Arbeiterschaft verwaltet und dem Kapital gegenüber vertreten. Ein Lebenswerk, wie es größer nicht gedacht werden kann. Unverantwortlich, die das Wesen der Arbeiterschaft nicht erkannt haben, tragen die Schuld, daß ein Mensch, der nur Gutes für seine Klasse gewollt, in seinen letzten Tagen sich einen anderen Wirkungsbereich suchen mußte, um die letzten Jahre seines Lebens nicht in Verbitte- rung verbringen zu müssen. Ein schwarzer Fleck in der Meeraner Arbeitergeschichte. Das Entsetzen wird kommen in kurzer Zeit, aber dann ist es zu spät. Wöge unser alter Freund in seinem neuen Wirkungsbereich die Anerkennung finden, die ihm ein Teil der Meeraner Arbeiter versagt hat.

Oschatz. Unsere am 19. August abgehaltene Mitgliederversammlung war von 120 Kollegen und Kolleginnen besucht. Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend hätte der Besuch aber noch besser sein können. Der Kassierer, Kollege Wohlbe, gab den Kassenbericht vom 2. Quartal, wonach die Einnahme 1634,25 M., die Ausgabe 1236,08 M. und der Kassenbestand 398,17 M. betrug. Die Mitgliederzahl war am Ende des Quartals 210. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Eine rege Aussprache fand über die abzuschließenden Lohnvereinbarungen für die in den Strickerreien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, wonach die Sofarbeiter und Packer keine wesentliche Lohnverbesserung erhalten haben. Die Arbeitertauschüsse sollen vorstellig werden, damit die Unternehmer nicht den Mindestlohnsatz, sondern den Höchstlohnsatz gewähren. Es wurde gewünscht, daß bei den nächsten Tarifabschlüssen ein nicht zu großer Spielraum zwischen den Löhnen der qualifizierten Hilfsarbeiterinnen gelassen werden soll. Die Fabrik- ausschüsse sind verpflichtet, dahin zu wirken, daß die abgemachten Vereinbarungen von den Unternehmern innegehalten werden. Laut Beschluß der Generalversammlung werden die Verbandsbeiträge erhöht. Zu der Landeskonferenz wurde Kollege Wohlbe als Delegierter gewählt. Die Mitglieder wurden noch aufgefordert, treu zu ihrem Verband zu stehen, wenn auch nicht alles ihren Wünschen entspricht. Mit einem Appell, die Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen, welche im Interesse der Arbeiterschaft getroffen werden, vollständig zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

Neustadt (Orla). Am 24. August, nachmittags 2 Uhr, fand im „Waldfischlöcher“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. In derselben wurde beschlossen, den alten Tarif zu kündigen. Die Mitglieder waren alle der Meinung, daß mit dem heutigen Lohn nicht mehr auszukommen sei und deshalb eine bedeutende Lohnerhöhung eintreten müßte. Die Mitglieder von Torge werden aufgefordert, öfter in der Versammlung zu erscheinen. Am 3½ Uhr war Schluß der Versammlung. Die Mitglieder gaben dann der Frau unseres Kassierers das letzte Geleit zum Friedhof. Der Verband spricht unsern schwergeprüften lieben Kollegen hiermit sein Beileid aus.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 7. September, ist der 36. Wochenbeitrag fällig.

Hilfsarbeitergesuch.
Für den Gau Rheinland (Südwest) unseres Verbandes wird zum baldigen Antritt eine Hilfskraft gesucht.

Kollegen, welche mit dem Verbandsleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitativen, organisatorischen, schriftgeübten Fähigkeiten haben und sich um die Stellen bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung mit der Aufschrift „Bewerbung“ unter Beifügung eines Aufzuges über die gebachten Aufgaben eines Hilfsarbeiters an die Adresse des Kollegen Karl Hübsch, Berlin D. 27, Andreasstraße 61, II, bis zum 22. September ds. Jahres einzureichen. Zeugnisse und bergleichen sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Verbandszugehörigkeit. Anfangsgehalt nach den Beschlüssen der Generalversammlung in Plauen pro Monat 550 M. Daneben wird eine Ortszulage von 20 M. pro Monat gewährt. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer desselben besteht eine vierwöchentliche Kündigung.

Gesuch von Hilfskräften.

Für das Zentralbureau unseres Verbandes werden 4 Hilfskräfte und zwar zwei für Statistikal und Lohnbewegungen und zwei für Kassenwesen und Expedition gesucht. Rednerische und schriftliche Fähigkeiten sind hier Hauptbedingung. Mitglieder, die mit dem Verbandsleben vertraut sind und über die obigen Fähigkeiten verfügen und sich um die Stellen bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, an die Adresse des Kollegen Karl Hübsch, Berlin D. 27, Andreasstraße 61, II, bis zum 15. September dieses Jahres einzureichen. Zeugnisse und bergleichen sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Verbandszugehörigkeit. Anfangsgehalt nach den Beschlüssen der Generalversammlung in Plauen pro Monat 550 M. Daneben wird eine Ortszulage von 20 M. pro Monat gewährt. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer desselben besteht eine vierwöchentliche Kündigung.

Gauverwaltung.

Gau I. Hannover. Filiale Delmenhorst. Die Geschäftsführerstelle für die Filiale Delmenhorst ist besetzt, gewählt wurde der Kollege Adolf Wurget, Delmenhorst. Allen Bewerbern besten Dank. Zuschriften wollen man an den Geschäftsführer senden, nach Delmenhorst, Mühlenstraße 50.

Gestorbene Mitglieder.

Augsburg. Anna Studeny, Weberin, Herzschwäche. Bernhard Seifert, Weber, 63 J., Nervenentzündung.

Köln. Anna Schröder, Maschinistenlehrling.

Langenbielau. Karl Hübner, Weber, 51 J., Herzschlag.

Nengersdorf b. Glauchau. Josef Grubel, Weber, 57 J., Rückenkrampf.

Neusalz (Ober). Wilhelm Weiß, 57 J., Herzschlag.

Salzgitter. Dina Friede, Spule- rinnen, 50 J., Gebärmutterkrebs.

Spremburg-L. Emil Verndt, Weber, 37 J., Kehlkopfleidn.

Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Stickerbranche. Donnerstag, 11. September, 6½ Uhr, Aula Langestr. 31, Branchenversammlung.

Berlin. (Sticker.) Freitag, 5. September, abends 6 Uhr, bei Ciste, Wallstr. 32; Vertrauensleute.

Berlin. Verkehrslokale der Deklatur, Pfeffer und Seidenbandpfeffer bei Restaurateur August Schulz, Stallackenbergstr. 29.

Berlin. Jeden Sonntagabend nach dem 1. und 15. jeden Monats von 2—3 Uhr Zahlabend der Unterstützungsstelle der Deklatur.

Berga (Elster). Sonnabend, 13. September.

Leisnig. Mittwoch, 10. Septbr. Neustadt (Orla). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, Versammlung im „Waldfischlöcher“.

Dietrich. Dienstag, 9. September, nachm. 5½ Uhr, in Wöhnes Restaurant.

Föhne. Freitag, 12. Septbr.

Redaktionsluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 6. September

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortl. Redakteur Hans Wagener. — Druck: Fortwärts-Verlagsanstalt Baul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.